

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 17.05.2006

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 19:25 Uhr

Den Vorsitz führte: MdR Heino Ammersken

ANWESENDE:

ANWESENDE.

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Walter Davids
Ratsfrau Helga Grix
Ratsfrau Elfriede Meyer
Bürgermeisterin Lina Meyer
Ratsherr Kai-Uwe Schulze (bis 18.02 Uhr)

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz
Ratsherr Herbert Buisker
Ratsherr Kurt Hannappel

FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Gerhard Schaudinn für Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsfrau Hillgriet Eilers (bis 18.57 Uhr) für Ratsherr Rolf Bolinius

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsfrau Christine Schmidt (bis 19.10 Uhr)

Beratende Mitglieder

Herr Wilhelm Grix
Frau Elsa Hartwig
Herr Klaas Hayenga (bis 19.05 Uhr)
Frau Soghra Janssen
Herr Dr. Friedhelm Voges

von der Verwaltung

Städt. Oberamtsrätin Doris Tempel
Stadtamtfrau Elisabeth Szag
Stadtoberamtsrat Gerhard Discus
Stadtamtmann Wolfgang Ubben

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 17.05.2006

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken begrüßt die Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 22.02.2006

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 24 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 22.02.2006 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Von den anwesenden Zuschauern erfolgen keine Wortmeldungen.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 5 Vorlage 14/2142-00
Leistungsvereinbarung mit dem Familienentlastenden Dienst Emden e.V. über eine ambulante heilpädagogische Nachmittagsbetreuung für behinderte oder von Behinderung bedrohte Vorschul- und Schulkinder.

Frau Szag führt aus, dass für mehrfach schwerstbehinderte Kinder ein Bedarf an ambulanter heilpädagogischer Nachmittagsbetreuung bestünde. Die Stadt Emden sei nicht verpflichtet, diese Leistung anzubieten. Gleichwohl solle die Möglichkeit eröffnet werden, diese Betreuung durch einen externen Anbieter wahrnehmen zu lassen. Insgesamt hätten 2 Anbieter ein entsprechendes Angebot abgegeben. Nach eingehender Prüfung sei festgestellt worden, dass das Angebot des Familienentlastenden Dienstes am kostengünstigsten sei. Darüber hinaus handelt es sich bei dem Familienentlastenden Dienst um eine Einrichtung, die in Emden ansässig sei. Die infrage kommenden Kinder könnten somit ein Angebot vor Ort nutzen. Darüber hinaus sei bereits eine Vernetzung mit anderen Einrichtungen in Emden gegeben. Frau Szag bittet daher die Mitglieder des Sozialausschusses, der Leistungsvereinbarung mit dem Familienentlastenden Dienst zuzustimmen.

Herr Schaudinn erklärt, dass seine Fraktion dieser Leistungsvereinbarung uneingeschränkt zustimme. Er bittet die anderen Fraktionen, es seiner Fraktion gleichzutun. Vor allen Dingen sei wichtig, dass es sich um einen Anbieter vor Ort handle und dadurch die Belastung für die Kinder so gering wie möglich gehalten werde.

Frau Lina Meyer teilt mit, dass auch ihre Fraktion der Leistungsvereinbarung uneingeschränkt zustimme. Sie fragt nach, wie viele Kinder derzeit ein entsprechendes Angebot benötigen und ob eine Erstattung der anfallenden Kosten vorgesehen sei.

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 17.05.2006

Frau Szag erwidert, dass zurzeit 6 Kinder eine entsprechende Betreuung benötigen. Eine Abrechnung der anfallenden Kosten sei im Rahmen des Quotalen Systems möglich. Allerdings handele es sich hierbei nicht um eine 100 %ige Kostenerstattung.

Frau Lina Meyer fragt nach, warum Kinder und Jugendliche, die im Wesentlichen eine leichte seelische Störung aufweisen, nicht zum Personenkreis der Anspruchsberechtigten gehören.

Frau Szag erläutert, dass für diesen Personenkreis entsprechende Vereinbarungen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz abgeschlossen werden müssten. Das SGB XII sehe eine Leistungsvereinbarung für körperlich, geistig oder mehrfach behinderte Kinder vor.

Herr Bongartz merkt an, dass auf diese Leistung einen Rechtsanspruch der Betroffenen bestünde. Es stelle sich für den Ausschuss lediglich die Frage, welcher Anbieter für die Wahrnehmung dieser Aufgabe in Anspruch genommen wird.

Beschluss: Zwischen der Stadt Emden und dem Familienentlastenden Dienst Emden e.V. wird die der Vorlage als Anlage beigefügte Leistungsvereinbarung geschlossen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Entgelt- und Prüfungsvereinbarung zu gegebener Zeit abzuschließen.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 6 Vorlage 14/2141-00
Abschluss einer Leistungsvereinbarung bzgl. der
Integrationsberatungsstelle mit der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Emden

Frau Szag erklärt, dass die Leistungsvereinbarung dazu dienen solle, die Arbeit der Integrationsberatungsstelle längerfristig abzusichern und dem Träger Planungssicherheit zu geben. Bereits seit mehreren Jahren stünden entsprechende Haushaltsmittel für die Arbeit der Integrationsberatungsstelle zur Verfügung.

Herr Hannappel erkundigt sich nach der Höhe des bislang jährlich gewährten Zuschusses.

Frau Szag erwidert, dass bislang jährlich ein städtischer Zuschuss für die Arbeit der Integrationsberatungsstelle in Höhe von 4.970,00 € gewährt worden ist.

Herr Grix führt aus, dass sich die jährlichen Kosten für die Integrationsberatungsstelle auf insgesamt 31.000,00 € belaufen würden. Vom Land Niedersachsen werde ein Zuschuss in Höhe von 21.000,00 € gewährt. Die verbleibenden Restkosten würden durch den Zuschuss der Stadt und eigene Mittel der Arbeiterwohlfahrt als Träger der Beratungsstelle abgedeckt werden. Somit würde keine Bezuschussung zu 100 % durch Dritte erfolgen.

Herr Dr. Voges weist darauf hin, dass die Mittel nicht ausreichen würden, um Integrationsarbeit zu leisten. Vielmehr seien fachübergreifende Zusammenkünfte mit anderen Trägern erforderlich, um eine erfolgreiche Integration voranzutreiben.

Herr Schaudinn fragt nach, ob und in welcher Höhe eine Finanzierung der Beratungsstelle nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes vorgesehen sei.

Frau Szag erwidert, dass zu gegebener Zeit neue Verhandlungen stattfinden werden.

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 17.05.2006

Herr Grix macht deutlich, dass durch die Arbeit der Beratungsstelle die Möglichkeit bestehe, Vernetzungsangebote mit anderen Einrichtungen, die Integrationsarbeit leisten, aufzubauen.

Herr Dr. Voges weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass dabei Doppelangebote vermieden werden sollten.

Beschluss: Zwischen der Stadt Emden und der Arbeiterwohlfahrt, Kreisverband Emden, wird die der Vorlage als Anlage beigefügte Leistungsvereinbarung geschlossen. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Entgelt- und Prüfungsvereinbarung zu gegebener Zeit abzuschließen.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 7 Vorlage 14/2140-00
Aktuelle Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen 2005

Frau Lamschus erläutert die Vorlage anhand einer Power-Point-Präsentation, die als PDF-Datei im Internet unter www.emden.de im Rats- und Bürgerinformationssystem einzusehen ist.

Herr Bongartz verweist auf die Berichterstattung aus dem Jahr 2004 und stellt fest, dass es im Vergleich zum Vorjahr keine wesentliche Verbesserung gegeben habe. Nach wie vor hätten fast ein Drittel aller einzuschulenden Kinder Beeinträchtigungen. Dies sei ein alarmierender Zustand, der sich nachhaltig auf die Schulen auswirken werde. Er ist der Auffassung, dass die Notwendigkeit der Einführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Vorschulklasse dringend geboten sei, um die vorhandenen Probleme rechtzeitig erkennen zu können. Darüber hinaus sei auch die Kommunalpolitik gefragt, Vorschläge und Konzepte vor Ort zu entwickeln.

Frau Lamschus unterstützt die Äußerungen von Herrn Bongartz. Primärpräventionsmaßnahmen sollten dort ansetzen, wo sich Kinder aufhalten und erreichbar sind. Die Sprachheilklasse, die mit Beginn des Schuljahres 2005 eingeführt worden ist, habe sich als gute Einrichtung bewährt.

Herr Bongartz ergänzt, dass ein frühzeitiges Erkennen von Defiziten bei der Sprache anfangs. Daher sei es notwendig, bereits in Kindergärten und Kindertagesstätten die Entwicklung der Sprache zu fördern. Dies komme insbesondere Kindern mit Migrationshintergrund zugute.

Frau Lamschus erläutert, dass das Sprachfeststellungsverfahren bereits ein Jahr vor Schulbeginn anlaufe, um den von Herrn Bongartz angesprochenen Personenkreis zu fördern. Darüber hinaus erfolge die Sprachheilförderung bereits in fast allen Emdener Kindergärten. Gleichwohl ist eine Intensivierung dieser Bemühungen erforderlich.

Herr Ammersken verweist auf den Runden Tisch Gesundheit, der kürzlich stattgefunden habe. Es wäre notwendig, eine Gesundheitskonferenz mit allen Einrichtungen und der Politik zu etablieren, um entsprechende Lösungsvorschläge zu entwickeln. Er bittet alle anwesenden Ausschussmitglieder, dieses Thema in den Fraktionen zu besprechen.

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 17.05.2006

Frau Schmidt erkundigt sich, wie viele Kinder Probleme bei den Einstellungsuntersuchungen aufweisen, die an den U-Untersuchungen bei den niedergelassenen Kinderärzten teilgenommen haben. Im Übrigen regt sie an, in Kindergärten auch männliche Erzieher einzustellen, um Probleme von Kindern von allein Erziehenden möglicherweise wirkungsvoller in den Griff zu bekommen.

Herr Hannappel merkt an, dass auch die Verantwortlichkeit der Eltern zu beachten sei und deshalb auch bei den Eltern angesetzt werden müsse.

Herr Grix berichtet von Erfahrungen mit seinem eigenen Enkel und unterstützt die Aufforderung, Konzepte für die Erziehung von Kindern zu entwickeln. Hier sei auch die Kommunalpolitik gefordert, Anregungen zu geben.

Herr Dr. Voges macht deutlich, dass auch aus seiner Sicht eine Gesundheitskonferenz notwendig erscheint. Es gäbe viele Möglichkeiten, Mittel für entsprechende Maßnahmen zu beantragen. Daher sei eine Vernetzung erforderlich, um die Leistungen zu kanalisieren und zielgerichtet einsetzen zu können. Zum Wunsch von Frau Schmidt merkt Herr Dr. Voges an, dass zurzeit kaum männliche Erzieher ausgebildet sind, die in den Einrichtungen eingesetzt werden könnten.

Frau Lamschus erläutert, dass Kinder ohne U-Untersuchungen häufiger bei den Einschulungsuntersuchungen auffallen. Es sei ein bundesweiter Trend erkennbar, wonach diese Art von Untersuchungen vernachlässigt werde. Es handele sich hierbei vorwiegend um die Untersuchungen U 7 bis U 9. Daher sei es besonders wichtig, die Eltern entsprechend zu sensibilisieren. Im Übrigen stimme sie den Ausschussmitgliedern zu, dass sowohl Sprachheilkonzepte als auch die Schaffung von Bewegungsmöglichkeiten sowie die fachübergreifende Vernetzung erforderlich seien, um die bestehenden Probleme in den Griff zu bekommen.

Abschließend macht **Herr Ammersken** deutlich, dass der Bericht nicht nur zur Kenntnis genommen werden dürfe, sondern es dringend geboten sei, Lösungen zu erarbeiten.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 8 Vorlage 14/2144-00
Bericht des Seniorenbeirates

Herr Dilling gibt einen umfassenden Bericht über die Arbeit des Seniorenbeirates anhand einer Power-Point-Präsentation, die als PDF-Datei im Internet unter www.emden.de im Rats- und Bürgerinformationssystem einzusehen ist. Nach Beendigung des Vortrages trägt Herr Dilling die Bitte vor, die Arbeit des Seniorenbeirates auch in den Fraktionen des Emdener Rates vorstellen zu dürfen.

Frau Eilers führt an, dass ihre Fraktion das Angebot wahrnehmen werde. Sie möchte wissen, inwieweit jüngere Generationen bei Aktivitäten für Senioren einbezogen werden.

Herr Dilling erwidert, dass zurzeit in 54 Vereinen Angebote für Senioren bereit gehalten werden. Diese Arbeit werde häufig von jüngeren Vereinsmitgliedern geleistet. Allerdings werden diese Aktivitäten häufig nur für Vereinsmitglieder angeboten, sodass eine Teilnahme aller infrage kommenden Senioren oft schon an der fehlenden Mitgliedschaft scheitert. Darüber hinaus habe sich bei der im Jahr 2004 durchgeführten Seniorenbefragung herausgestellt, dass der Seniorenbeirat der Stadt Emden kaum bekannt sei.

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 17.05.2006

Frau Elfriede Meyer fragt, wie die geäußerte Forderung nach offener Seniorenarbeit in den Vereinen geleistet werden soll. Die Vereine müssen mit den Ihnen zur Verfügung stehenden Mitgliedsbeiträgen auskommen. Daher sei es nicht immer möglich, die Angebote für und mit Senioren in der gewünschten offenen Form zu finanzieren .

Herr Dilling erklärt, das dieses Problem bekannt sei. Die Vereine sollten daher zusammen mit dem Seniorenbeirat überlegen, wie offene Seniorenarbeit unter den gegebenen Voraussetzungen geleistet werden könne.

Frau Lina Meyer schlägt vor, den Tag der Senioren mit allen Vereinen, Verbänden und Einrichtungen, die in irgendeiner Form Seniorenarbeit leisten, in der Nordseehalle zu begehen.

Frau Kaune führt aus, dass dies bereits angedacht worden sei. Auf ein entsprechendes Schreiben hätte aber nur ein kleiner Teil der Vereine und Einrichtungen reagiert. Hier sei der nach der Kommunalwahl neu zu besetzende Seniorenbeirat gefragt, ein Konzept für die Zukunft zu erarbeiten.

Herr Dilling weist ergänzend darauf hin, dass u. a. im Bereich der Sterbehilfe viel ehrenamtliche Arbeit notwendig und ein stationäres Hospiz wünschenswert sei.

Herr Dr. Voges erklärt, dass ein stationäres Hospiz in Emden auch im Hinblick auf die Frage der Finanzierung neben den vorhandenen ambulanten Angeboten nicht erforderlich sei. Zudem hätten die Erfahrungen gezeigt, dass der Bedarf für eine stationäre Aufnahme in einem Hospiz durch die Einrichtung in Leer abgedeckt sei. Dass hier in Emden angebotene ambulante Hospizwesen sei ausreichend.

Herr Grix lobt ausdrücklich die vom Seniorenbeirat zusammengestellten Zahlen. Gleichzeitig stellt er die Frage, was damit erreicht werden solle. Er sei der Auffassung, dass aufgrund des vorgelegten Berichtes erkennbar ist, dass die Vereine, Verbände und Einrichtungen insbesondere in finanzieller Hinsicht größerer Unterstützung bedürfen. Darüber hinaus habe der neu zu besetzende Seniorenbeirat die Aufgabe, zukünftig neue Ansätze zu finden.

Frau Kaune führt ergänzend aus, dass sowohl die Politik als auch die Verwaltung auf die derzeitigen Zustände hingewiesen werden sollen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Punkt : 9 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Frau Tempel trägt vor, dass der Arbeitskreis für Soziale Gerechtigkeit beantragt habe, einen Beirat bei der Arbeitsgemeinschaft der Bundesagentur für Arbeit und der Stadt Emden einzurichten. Bei der am 19.05.2006 stattfindenden Trägerversammlung der ARGE Emden soll über den Antrag entschieden und beschlossen werden. Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales wird in seiner nächsten Sitzung über das Ergebnis unterrichtet.

Frau Tempel erklärt, dass seit dem 15.05.2006 ein Diplomsozialpädagoge im Fachdienst Wohnen beschäftigt wird , der für die Betreuung der Bewohner in der Larrelter Batterie zuständig sei. Zu gegebener Zeit werde im Ausschuss eine Berichterstattung über die Arbeit erfolgen.

Niederschrift Nr. 25 über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Gesundheit und Soziales am 17.05.2006

Punkt : 10 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

Es liegen keine neuen Informationen vor.

Punkt : 11 Anfragen

Frau Lina Meyer erkundigt sich, ob die von der Bundesagentur für Arbeit gelieferten Unterlagen für die Erstattung der Unterkunftskosten prüffähig sind.

Herr Discus erklärt, dass dies nur bedingt der Fall sei. Zwar enthalten die Unterlagen unter anderem die BG-Nummern und den Unterkuftsbetrag in einer Auflistung und in einem Vorblatt die Erstattungen in einer Summe, diese werden aber dann nicht fallbezogen zugeordnet. Die Mitarbeiter müssten dann in jedem Fall im System nachschauen. Auch komme es nach wie vor noch zu falschen Zuordnungen. Das heißt, nicht für die ARGE Emden bestimmte Fälle werden hier zugerechnet. Warum dies der Fall ist, kann nicht nachvollzogen werden.

Frau Meyer erkundigt sich weiterhin nach der telefonischen Erreichbarkeit der ARGE und einer telefonischen Auskunftsmöglichkeit.

Herr Discus teilt hierzu mit, dass die Agentur für Arbeit Emden für ALG I - Empfänger über das Servicecenter Leer und die ARGE Emden über das Servicecenter Uelzen zu erreichen sind. Dort erhält man auch telefonische Auskünfte. In den letzten Tagen habe es für Bereich der ARGE Emden schalttechnische Probleme gegeben, die aber mit dem heutigen Tag beseitigt worden sind.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.25 Uhr.